

Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs (EGSchKG)

vom 16.03.1995 (Stand 01.11.2020)

Der Grosse Rat des Kantons Bern,

in Ausführung der Artikel 1, 2 Absatz 5, 3, 13 Absatz 1, 20a Absatz 3, 23 und 24 des Bundesgesetzes vom 11. April 1889 über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG)¹⁾,

auf Antrag des Regierungsrates, *

beschliesst:

1 Organisation der Betreibungs- und Konkursämter

Art. 1 * *Betreibungs- und Konkursregionen*

¹ Die Regionen für die Durchführung der Schuldbetreibung und der Konkurse entsprechen den Verwaltungsregionen des Kantons:

- a* Berner Jura,
- b* Seeland,
- c* Oberaargau-Emmental²⁾,
- d* Bern-Mittelland,
- e* Oberland.

Art. 2 *Sitz*

¹ Die Direktion für Inneres und Justiz bestimmt den Sitz der Betreibungs- und Konkursämter. *

² Zur Durchführung der Betreibungen und Konkurse können die Betreibungs- und Konkursämter Dienststellen unterhalten. Die Direktion für Inneres und Justiz bestimmt die Standorte der Dienststellen. *

³ ... *

⁴ Ordnet die kantonale Aufsichtsbehörde oder ein Betreibungs- und Konkursamt nichts anderes an, sind alle Begehren, Anfragen und Korrespondenzen an die gemäss Artikel 46ff. SchKG örtlich zuständige Dienststelle zu richten. *

¹⁾ SR 281.1

²⁾ Richtig: Emmental-Oberaargau

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

Art. 3 *Organisationsreglement*

¹ Die Betreibungs- und Konkursbeamtin oder der Betreibungs- und Konkursbeamte legt den für die ordnungsgemässe Durchführung der Betreibungen und Konkurse in der Region zweckmässigen Einsatz des Personals und der Mittel in einem Organisationsreglement fest.

² Die Direktion für Inneres und Justiz genehmigt die regionalen Organisationsreglemente. Sie kann dabei ergänzende und abweichende Regelungen treffen. *

Art. 4 * ...**Art. 5 *** *Ernennung, Fähigkeitsausweis*

¹ Die Betreibungs- und Konkursbeamtinnen und -beamten werden durch die Direktion für Inneres und Justiz ernannt. Ernennbar ist, wer über einen Fähigkeitsausweis verfügt. *

² Der Regierungsrat regelt die Voraussetzungen zum Erlangen des Fähigkeitsausweises, insbesondere hinsichtlich Ausbildung, Prüfung und den allfälligen Verzicht darauf, durch Verordnung.

Art. 6 *Stellvertretung*

¹ Die Direktion für Inneres und Justiz bestimmt für jede Betreibungs- und Konkursbeamtin und jeden Betreibungs- und Konkursbeamten eine Stellvertreterin oder einen Stellvertreter. *

Art. 7 * ... ***Art. 8** *Verfahren in Haftungsfällen **

¹ Haftungsansprüche gegen den Kanton (Art. 5 SchKG) sind nach den Bestimmungen des Personalgesetzes vom 16. September 2004 (PG³⁾) geltend zu machen. *

² Die Rückgriffsforderungen des Kantons gegenüber seinen Angestellten sowie gegenüber nebenamtlichen Betreibungsweibelinnen und Betreibungsweibelnen richten sich nach dem Personalgesetz. *

³ Die Rückgriffsforderungen des Kantons gegenüber anderen im SchKG vorgesehenen Organen, insbesondere externen Sachwalterinnen und Sachwaltern, Liquidatorinnen und Liquidatoren und ausseramtlichen Konkursverwaltungen, richten sich nach dem Zivilrecht. *

³⁾ BSG 153.01

Art. 9 *Sprache*

¹ Die Betreibungsverfahren werden in der Sprache der Verwaltungsregion durchgeführt. *

² Die Konkursverfahren werden in der Sprache durchgeführt, in welcher über die Konkurseröffnung entschieden worden ist.

2 Aufsicht**Art. 10 *** *Kantonale Aufsichtsbehörde*

¹ Das Obergericht bildet die einzige kantonale Aufsichtsbehörde. Diese besteht aus der Präsidentin oder dem Präsidenten sowie zwei Mitgliedern und entscheidet über Beschwerden gemäss Artikel 17 SchKG. Zudem führt sie die Disziplinarverfahren.

² Die Direktion für Inneres und Justiz übt die Aufsicht über die administrative, organisatorische und fachliche Führung der Betreibungs- und Konkursämter aus und legt mit ihnen Leistungsvereinbarungen fest. *

³ Der Regierungsrat regelt die Organisation der Betreibungs- und Konkursämter, die Aufsicht über diese und deren Steuerung durch Verordnung. Er kann diese Befugnis der Direktion für Inneres und Justiz übertragen. *

Art. 11 *Beschwerden*

¹ Beschwerden und Gesuche nach den Vorschriften des Bundesgesetzes sind der kantonalen Aufsichtsbehörde schriftlich einzureichen. *

² Erweist sich eine Beschwerde nicht als offensichtlich unzulässig oder unbegründet, holt sie die Stellungnahme des betroffenen Betreibungs- und Konkursamtes respektive der betroffenen Dienststelle ein. Der Entscheid erfolgt ohne Parteiverhandlung. *

³ Im Übrigen richtet sich das Beschwerdeverfahren nach den Artikeln 17 bis 21 SchKG und den Bestimmungen des Gesetzes vom 23. Mai 1989 über die Verwaltungsrechtspflege (VRPG⁴⁾). *

⁴⁾ BSG 155.21

3 Gerichtliches Verfahren

Art. 12 *Regionalgericht* *

¹ Das Regionalgericht entscheidet als Einzelgericht in allen Fällen, in denen das Bundesrecht den Gerichten eine Entscheidung oder Verfügung zuweist, sofern nicht das SchKG, die Schweizerische Zivilprozessordnung oder das Einführungsgesetz vom 11. Juni 2009 zur Zivilprozessordnung, zur Strafprozessordnung und zur Jugendstrafprozessordnung (EG ZSJ)⁵⁾ etwas anderes bestimmen. *

Art. 13 *Nachlassverfahren*

¹ Das Regionalgericht ist erstinstanzliche, die kantonale Aufsichtsbehörde oberinstanzliche Nachlassbehörde. *

Art. 14 *Rechtsöffnungstitel*

¹ Im Rechtsöffnungsverfahren werden im Sinne von Artikel 80 des Bundesgesetzes einem vollstreckbaren gerichtlichen Urteil gleichgestellt

- a rechtskräftige Verfügungen und Entscheide von Behörden im Sinne von Artikel 2 des Gesetzes vom 23. Mai 1989 über die Verwaltungsrechtspflege,
- b rechtskräftige Bussenverfügungen bernischer Polizeibehörden,
- c die unter das Konkordat über die Gewährung gegenseitiger Rechtshilfe zur Vollstreckung öffentlich-rechtlicher Ansprüche fallenden Ansprüche anderer Kantone und ausserkantonaler Gemeinden sowie der von ihnen errichteten Körperschaften, Anstalten und Zweckverbände.

4 Verschiedenes

Art. 15 *Depositenanstalten*

¹ Die Betreibungs- und Konkursämter sowie die ausseramtlichen Konkursverwaltungen sind für die Entgegennahme von Barschaften und Wertsachen aus Betreibungs- und Konkursverfahren zuständig.

² Das Nähere regelt ein Dekret des Grossen Rates.

Art. 16–17 * ...

⁵⁾ BSG 271.1

Art. 18 *Meldung von Verlustscheinen*

¹ Die Betreibungs- und Konkursämter melden der Anwaltsaufsichtsbehörde alle Verlustscheine, die gegen im Kanton Bern zur Berufsausübung berechnigte Anwältinnen und Anwälte ausgestellt werden. Sie melden der Direktion für Inneres und Justiz alle Verlustscheine, die gegen im Kanton Bern praktizierende Notarinnen und Notare ausgestellt werden. *

Art. 19 *Fristverlängerung für Konkursverfahren*

¹ Die kantonale Aufsichtsbehörde kann auf schriftliches und begründetes Gesuch hin die Frist zur Beendigung eines Konkurses um höchstens sechs Monate verlängern.

² In besonderen Fällen kann die Frist mehrmals verlängert werden.

Art. 20 *Einsichtnahme*

¹ Kollokationspläne, Inventare, Lastenverzeichnisse und dergleichen werden sowohl auf dem Betreibungs- und Konkursamt als auch auf der Dienststelle derjenigen Verwaltungsregion aufgelegt, in der sich der Betreibungs- oder Konkursort befindet. *

5 Übergangs- und Schlussbestimmungen**Art. 21** *Übergangsbestimmungen*

¹ Die bei Inkrafttreten dieses Gesetzes eröffneten Betreibungen und Konkurse werden unabhängig vom Verfahrensstand durch die jeweils zuständigen regionalen Betreibungs- und Konkursämter übernommen.

² Über Ausnahmen entscheidet die Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion.

Art. 22 *Aufhebung eines Erlasses*

¹ Das Einführungsgesetz für den Kanton Bern vom 18. Oktober 1891 zum Bundesgesetz vom 11. April 1889 über Schuldbetreibung und Konkurs wird aufgehoben.

Art. 23 *Inkrafttreten*

¹ Der Regierungsrat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

² Das Inkrafttreten kann zeitlich gestaffelt erfolgen.

T1 Übergangsbestimmungen der Änderung vom 01.01.1997 *

Art. T1-1 *

¹ Die neuen Vorschriften sind mit ihrem Inkrafttreten auf die hängigen Verfahren anwendbar, soweit sie mit ihnen vereinbar sind. Für die Länge von Fristen, die vor dem Inkrafttreten dieser Gesetzesänderung zu laufen begonnen haben, gilt das bisherige Recht.

Bern, 16. März 1995

Im Namen des Grossen Rates
Der Präsident: Marthaler
Der Staatsschreiber: Nuspliger

*RRB Nr. 2348 vom 6. September 1995:
Inkraftsetzung auf den 1. Januar 1997*

*Vom Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement genehmigt am 25. Juni
1996*

Änderungstabelle - nach Beschluss

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	BAG-Fundstelle
16.03.1995	01.01.1997	Erlass	Erstfassung	95-67
19.03.1996	01.01.1997	Ingress	geändert	96-62
19.03.1996	01.01.1997	Art. 2 Abs. 1	geändert	96-62
19.03.1996	01.01.1997	Art. 2 Abs. 4	eingefügt	96-62
19.03.1996	01.01.1997	Art. 8	Titel geändert	96-62
19.03.1996	01.01.1997	Art. 8 Abs. 1	geändert	96-62
19.03.1996	01.01.1997	Art. 10	geändert	96-62
19.03.1996	01.01.1997	Art. 11 Abs. 1	geändert	96-62
19.03.1996	01.01.1997	Art. 11 Abs. 2	geändert	96-62
19.03.1996	01.01.1997	Art. 11 Abs. 3	eingefügt	96-62
19.03.1996	01.01.1997	Titel T1	eingefügt	96-62
19.03.1996	01.01.1997	Art. T1-1	eingefügt	96-62
10.03.1997	27.10.1997	Art. 16	geändert	97-72
20.11.2002	01.08.2003	Art. 2 Abs. 2	geändert	03-47
20.11.2002	01.08.2003	Art. 2 Abs. 3	geändert	03-47
20.11.2002	01.08.2003	Art. 4	aufgehoben	03-47
20.11.2002	01.08.2003	Art. 10	geändert	03-47
28.03.2006	01.01.2010	Art. 1	geändert	08-134 09-90
28.03.2006	01.01.2010	Art. 2 Abs. 1	geändert	08-134 09-90
28.03.2006	01.01.2010	Art. 2 Abs. 2	geändert	08-134 09-90
28.03.2006	01.01.2010	Art. 2 Abs. 3	aufgehoben	08-134 09-90
28.03.2006	01.01.2010	Art. 5 Abs. 1	geändert	08-134 09-90
28.03.2006	01.01.2010	Art. 9 Abs. 1	geändert	08-134 09-90
28.03.2006	01.01.2010	Art. 20 Abs. 1	geändert	08-134 09-90
11.06.2009	01.01.2011	Art. 12	Titel geändert	09-148 10-44
11.06.2009	01.01.2011	Art. 12 Abs. 1	geändert	09-148 10-44
11.06.2009	01.01.2010	Art. 5	geändert	09-148 10-5
11.06.2009	01.01.2010	Art. 6 Abs. 1	geändert	09-148 10-5
11.06.2009	01.01.2010	Art. 7	geändert	09-148 10-5
11.06.2009	01.01.2010	Art. 7	Titel geändert	09-148 10-5
11.06.2009	01.01.2010	Art. 8 Abs. 1	geändert	09-148 10-5
11.06.2009	01.01.2010	Art. 8 Abs. 2	eingefügt	09-148 10-5
11.06.2009	01.01.2010	Art. 8 Abs. 3	eingefügt	09-148 10-5
11.06.2009	01.01.2010	Art. 10	geändert	09-148 10-5
11.06.2009	01.01.2010	Art. 11 Abs. 3	geändert	09-148 10-5
11.06.2009	01.01.2010	Art. 16	aufgehoben	09-148 10-5
11.06.2009	01.01.2010	Art. 17	aufgehoben	09-148 10-5
11.06.2009	01.01.2010	Art. 3 Abs. 2	geändert	09-148, 10-5
09.06.2010	01.01.2011	Art. 18 Abs. 1	geändert	10-115
27.10.2010	01.01.2011	Art. 13 Abs. 1	geändert	10-109
05.09.2017	01.01.2019	Art. 7	aufgehoben	18-015
02.09.2020	01.11.2020	Art. 2 Abs. 1	geändert	20-088

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	BAG-Fundstelle
02.09.2020	01.11.2020	Art. 2 Abs. 2	geändert	20-088
02.09.2020	01.11.2020	Art. 3 Abs. 2	geändert	20-088
02.09.2020	01.11.2020	Art. 5 Abs. 1	geändert	20-088
02.09.2020	01.11.2020	Art. 6 Abs. 1	geändert	20-088
02.09.2020	01.11.2020	Art. 10 Abs. 2	geändert	20-088
02.09.2020	01.11.2020	Art. 10 Abs. 3	geändert	20-088
02.09.2020	01.11.2020	Art. 18 Abs. 1	geändert	20-088

Änderungstabelle - nach Artikel

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	BAG-Fundstelle
Erllass	16.03.1995	01.01.1997	Erstfassung	95-67
Ingress	19.03.1996	01.01.1997	geändert	96-62
Art. 1	28.03.2006	01.01.2010	geändert	08-134 09-90
Art. 2 Abs. 1	19.03.1996	01.01.1997	geändert	96-62
Art. 2 Abs. 1	28.03.2006	01.01.2010	geändert	08-134 09-90
Art. 2 Abs. 1	02.09.2020	01.11.2020	geändert	20-088
Art. 2 Abs. 2	20.11.2002	01.08.2003	geändert	03-47
Art. 2 Abs. 2	28.03.2006	01.01.2010	geändert	08-134 09-90
Art. 2 Abs. 2	02.09.2020	01.11.2020	geändert	20-088
Art. 2 Abs. 3	20.11.2002	01.08.2003	geändert	03-47
Art. 2 Abs. 3	28.03.2006	01.01.2010	aufgehoben	08-134 09-90
Art. 2 Abs. 4	19.03.1996	01.01.1997	eingefügt	96-62
Art. 3 Abs. 2	11.06.2009	01.01.2010	geändert	09-148, 10-5
Art. 3 Abs. 2	02.09.2020	01.11.2020	geändert	20-088
Art. 4	20.11.2002	01.08.2003	aufgehoben	03-47
Art. 5	11.06.2009	01.01.2010	geändert	09-148 10-5
Art. 5 Abs. 1	28.03.2006	01.01.2010	geändert	08-134 09-90
Art. 5 Abs. 1	02.09.2020	01.11.2020	geändert	20-088
Art. 6 Abs. 1	11.06.2009	01.01.2010	geändert	09-148 10-5
Art. 6 Abs. 1	02.09.2020	01.11.2020	geändert	20-088
Art. 7	11.06.2009	01.01.2010	Titel geändert	09-148 10-5
Art. 7	11.06.2009	01.01.2010	geändert	09-148 10-5
Art. 7	05.09.2017	01.01.2019	aufgehoben	18-015
Art. 8	19.03.1996	01.01.1997	Titel geändert	96-62
Art. 8 Abs. 1	19.03.1996	01.01.1997	geändert	96-62
Art. 8 Abs. 1	11.06.2009	01.01.2010	geändert	09-148 10-5
Art. 8 Abs. 2	11.06.2009	01.01.2010	eingefügt	09-148 10-5
Art. 8 Abs. 3	11.06.2009	01.01.2010	eingefügt	09-148 10-5
Art. 9 Abs. 1	28.03.2006	01.01.2010	geändert	08-134 09-90
Art. 10	19.03.1996	01.01.1997	geändert	96-62
Art. 10	20.11.2002	01.08.2003	geändert	03-47
Art. 10	11.06.2009	01.01.2010	geändert	09-148 10-5
Art. 10 Abs. 2	02.09.2020	01.11.2020	geändert	20-088
Art. 10 Abs. 3	02.09.2020	01.11.2020	geändert	20-088
Art. 11 Abs. 1	19.03.1996	01.01.1997	geändert	96-62
Art. 11 Abs. 2	19.03.1996	01.01.1997	geändert	96-62
Art. 11 Abs. 3	19.03.1996	01.01.1997	eingefügt	96-62
Art. 11 Abs. 3	11.06.2009	01.01.2010	geändert	09-148 10-5
Art. 12	11.06.2009	01.01.2011	Titel geändert	09-148 10-44
Art. 12 Abs. 1	11.06.2009	01.01.2011	geändert	09-148 10-44
Art. 13 Abs. 1	27.10.2010	01.01.2011	geändert	10-109
Art. 16	10.03.1997	27.10.1997	geändert	97-72

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	BAG-Fundstelle
Art. 16	11.06.2009	01.01.2010	aufgehoben	09-148 10-5
Art. 17	11.06.2009	01.01.2010	aufgehoben	09-148 10-5
Art. 18 Abs. 1	09.06.2010	01.01.2011	geändert	10-115
Art. 18 Abs. 1	02.09.2020	01.11.2020	geändert	20-088
Art. 20 Abs. 1	28.03.2006	01.01.2010	geändert	08-134 09-90
Titel T1	19.03.1996	01.01.1997	eingefügt	96-62
Art. T1-1	19.03.1996	01.01.1997	eingefügt	96-62